

2008-06-18

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 04.06.2008

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:50 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau  
**Leitung der Sitzung:** Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender  
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Storz 2. Stellvertreterin  
**Anwesend:** **Soll: 50** **Ist:**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

### **Es fehlten:**

#### **Fraktion der CDU**

Kolze, Jens

#### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Geier, Erhard  
Stabbert-Kühl, Sabine

#### **Fraktion der SPD**

Laue, Harald

#### **Fraktion der FDP**

Neubert, Jürgen Dr.

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Stadtratsvorsitzende Dr. Exner eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Er informierte, dass Herr OB Koschig erkrankt ist und durch Bürgermeister Gröger vertreten wird.

## 2. **Beschlussfassung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung gab es keine Änderungswünsche. Sie wurde einstimmig in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.

## 3. **Genehmigung der Niederschrift vom 23.04.2008**

Die Niederschrift zur Sitzung des Stadtrates am 23.04.2008 wurde einstimmig genehmigt.

## 4. **Berichte des Oberbürgermeisters**

### 4.1 **Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Bürgermeister Gröger stellte seinen Ausführungen in Vertretung des erkrankten Oberbürgermeisters dessen persönliche Bemerkungen zum Gedenken an den 80. Jahrestag des **Transatlantikfluges** in Ost-West-Richtung auf dem Militärflughafen Baldonnell bei Dublin am 29. Mai 2008 voran. Herr Dr. Diestelkamp hat im Namen der Stadt Dessau-Roßlau ein Blumengebilde niedergelegt. Zitat von Dr. Diestelkamp:

„Ein fast verrücktes deutsch-irisches Unternehmen schlägt nach 80 Jahren wieder eine Brücke zwischen Dessau und Dublin.“

So ist Dr. Diestelkamp zu einem exzellenten Botschafter unserer Stadt geworden, wofür ihm Bürgermeister Gröger herzlich dankte und in von dieser Stelle aus grüßte.

Als weiteres wichtiges Ereignis führte Herr Gröger die am 20. und 21. Mai 2008 stattgefundenene **Jurysitzung zum Wettbewerb – Meisterhausensemble** an. Trotz hoher internationaler Beteiligung mit über 116 Beiträgen in der ersten Phase und 26 Beiträgen in der zweiten Phase konnte die Jury keinen eindeutigen Sieger ermitteln, so dass 2 zweite Plätze, 1 dritter Platz und 1 vierter Platz vergeben und zwei Ankäufe getätigt wurden.

Zu der für die Stadt nicht befriedigenden Situation wird es eine Gesprächsrunde am 18.6.2008 mit ICOMOS und den Entscheidungsträgern im Land geben, in der festgelegt werden soll, wie mit der Bewertung der Jury umzugehen ist und wie in Vorbereitung der IBA bei den Meisterhäusern die weiteren Planungen vollzogen werden sollen.

Bewegung ist bei der Problematik **Gebietsreform** eingetreten.

Der Richtungsbeschluss in Oranienbaum zur Bildung einer Einheitsgemeinde wurde am 29. April 2008 gefasst. Einen ähnlichen Beschluss gibt es in Möhlau. Herr BM Zimmermann (Oranienbaum) hat alle Gemeinden, die mit ihm zusammen gehen wollen, aufgefordert, bis zum 30.6.2008 Verhandlungen mit Oranienbaum aufzunehmen.

Ein nächstes Treffen ist am 11.6.2008 in Dessau-Roßlau mit dem OB, BM Gröger, BM Schröter, Schmidt, Zimmermann, Lönning, Rußbült geplant.

Im Zusammenhang mit der **Wirtschaftsförderung** berichtete BM Gröger, dass für die Errichtung einer Biogasanlage immer noch Interesse bekundet wird (Investitionssumme: ca. 12 Mio. €, Arbeitsplätze: 15). Die Finanzierung ist jedoch noch offen.

Weitere Investorenanfragen gibt es

- zur Errichtung einer Biogasanlage im Gewerbegebiet Mittelbreite Rodleben - HSC (HCI) Hamburg vom Mai 2007 - an Ortsbürgermeister Rodleben
- zur Entwicklung und Produktion von Helikoptern (über Prosource energy Dessau) gibt es keinen neuen Stand zu berichten.
- Eine recht bewegte Entwicklung gab es am Standort der Fahrzeugtechnik. BM Gröger hatte Gelegenheit, mit dem Insolvenzverwalter Dr. Frenzel zu sprechen. Dort gibt es sehr viele Offerten. In der Betriebsversammlung am 8. Mai wurde verkündet, dass Herr Dr. Frenzel vom Insolvenzgericht zum Insolvenzverwalter eingesetzt wurde. Er hat auch einen neuen Geschäftsführer bestimmt. Einigkeit bestand am 8. Mai, dass alle Möglichkeiten ausgelotet werden müssen und die Stadt auch bereit ist, Beiträge zu leisten, um diese letzte Zelle aus dem traditionellen Waggonbaubetrieb zu erhalten. Von den einst 175 Mitarbeitern sind 51 in einer Bildungs- und Qualifizierungsgesellschaft aufgenommen worden. Es gibt auch erfreuliche Berichte über die Auftragsituation für den verbliebenen Teil der Belegschaft in der Fahrzeugtechnik.

Eine **Auszeichnung als „1a-Fachhändler“** für Augenoptik erhielt Herr Heidenreich. Beim „Großen Preis des Mittelstandes“ haben insgesamt 45 Unternehmen aus der Region Anhalt-Wittenberg und dem südlichen Sachsen-Anhalt die 2. Runde erreicht. Aus Dessau-Roßlau wurden nominiert: CEMAG, EAB Sandow, Gedack Rohrsysteme, NI-ROVE, ONCOTEC, Schieck+Scheffler, Thyrolf & Uhle.

Zum aktuellen **Baugeschehen** berichtete BM Gröger, dass durch die Freigaben von Mitteln aus dem Stadtentwicklungsprozess der „Rote Faden“ weiterentwickelt werden kann. Die Freigabe für weitere Maßnahmen zur Herstellung des Grünzuges und der damit verbundenen Wegebaumaßnahmen ist am Laufen und mit der Öffentlichkeitsarbeit befindet man sich ebenfalls auf einem guten Stand.

Mit dem am 5. Mai gemeinsam durchgeführten Abschied vom Gebäude ehemals Betonprojekt Am Wörlitzer Bahnhof, das nun mit einer 85%-igen Förderung rückgebaut werden kann, wurde dieser Rückbau eingeleitet. Er wird im August abgeschlossen sein.

Der Rückbau auf dem ehemaligen ANDES-Gelände läuft auf vollen Touren und nahezu alle oberirdischen Gebäude sind rückgebaut. Gegenwärtig wird an der Planierung bzw. Aufnahme der befestigten Straßenflächen gearbeitet. Hier werden anschließend sofort die Arbeiten zur Rekultivierung und Herstellung des ANDES-Turmes eingeleitet.

Die vorgegebenen Terminstellungen zur Fertigstellung des AOK-Gebäudes zum „Sport- und Kurshaus am Philanthropinum“ als auch die Arbeiten am Alten Theater für das an dieser Stelle entstehende Kulturzentrum sowie der vorgelagerten Platzsituation laufen ebenfalls auf vollen Touren. Zur Nacht des Stadtumbaus werden diese Teile des urbanen Kerns so präsentiert werden können, wie die Weiterentwicklung des Landschaftszuges.

Die Generalsanierung der Astronomischen Station des Schwabevereins in der Peterholzstraße ist ebenfalls angelaufen. Die Abbrucharbeiten sind abgeschlossen. Momentan befinden sich die Rohbauarbeiten in der Ausführung.

Der Neubau Bahnhofstraße mit dem Kreisverkehr in der Kühnauer Straße/Gropiusallee nimmt jeden Tag mehr Gestalt an und ab 11.06. wird der Westeingang nach Aufhebung

der Vollsperrung durch einen provisorischen überdachten Fußgängerweg wieder erreichbar sein.

Der Baubeginn für den Ausbau B 185 (Orangeriestraße) / Knoten Am Hanfgarten / Anhalterstraße in Mosigkau ist ab Anfang Juli 2008 geplant.

Der Ausbau Eduardstraße im Sanierungsgebiet Dessau-Nord ist bis auf den Kreuzungsausbau Lessingstraße /Scheplake fertig gestellt.

Die Arbeiten Oranienstraße im Sanierungsgebiet Dessau - Nord werden am 02.06.2008 durch die Fa. Bau und Haustechnik Bad Dübren beginnen und bis Ende September andauern.

Aus dem Bereich der **Kultur und des Sports** berichtete Bürgermeister Gröger über

- das Volleyball-Länderspiel Deutschland : China (Sieger: Deutschland 3:0, Zuschauer: 2.300)
- den 45. Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ vom 10. bis 17. Mai 2008 in Saarbrücken. 13 Schülerinnen und Schüler der Musikschule Dessau-Roßlau haben mit gutem und sehr gutem Erfolg am Wettbewerb teilgenommen. Dafür sprach Herr Gröger den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und den Lehrern einen herzlichen Glückwunsch und Dank aus.

Zur Würdigung von **ehrenamtlichem Engagement** wurde Frau Petra Eckert, Vorsitzende des Stadtfrauenrates, durch Ministerin Dr. Kuppe 23. Mai 2008 mit der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt ausgezeichnet.

Dem Vorstand der Volksbank und gleichzeitig Präsidenten der IHK Halle-Dessau, Herr Albrecht Hatton wurde das Verdienstkreuz am Bande überreicht durch Herrn Ministerpräsident Professor Dr. Böhmer am 28. Mai 2008 für sein Engagement im mitteldeutschen Wirtschaftsraum

Der Parksommer wurde am 17. Mai 2008 eröffnet und ist gleichzeitig Auftakt für die im Spätsommer beginnenden Realisierungsarbeiten zur Umgestaltung des Stadtparks als **„Interkultureller Generationenpark“** mit einem sehr breit gefächerten Programm, nicht nur an diesem Tage, sondern in der Zeit bis dahin.

Eine sehr schöne Veranstaltung war auch die der **Kreishandwerkerschaft** am 30. Mai 2008 auf dem Rathausvorplatz in der Zerbster Straße. Es gab sehr viele Begegnungen zwischen Verwaltung, Politik und Wirtschaft.

Nicht so optimal verlief die **Regionalkonferenz der Wirtschaft** Mitteldeutschland am 30. und 31. Mai 2008 in Dessau-Roßlau. Die Tagung fand auf Initiative der Wirtschaftsjunioren mit einem Grußwort vom Ministerpräsidenten statt. Leider ist eine Einladung an den Oberbürgermeister viel zu spät ergangen, so dass durch die Stadt kein Vertreter teilnehmen konnte.

## 4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Am 23. April fasste der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung folgende Beschlüsse:

TOP 10.2 - Verkauf eines Grundstückes im Industrie- und Gewerbegebiet Flugplatz Dessau-Roßlau

TOP 10.3 - Beauftragung des Büros für Siedlungserneuerung zur Durchführung der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung der Akteure im Rahmen des IBA-Projektes „Urbane Kerne und landschaftliche Zonen“.

## 4.3 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau

Frau Falkensteiner legte ihren Jahresbericht 2007/2008 dar. Er war ebenfalls in schriftlicher Form jedem Mitglied des Stadtrates überreicht worden. Dieser enthielt weitere Aufstellungen und Statistiken zur näheren Erläuterung.

Im Anschluss an den Bericht merkte **Frau Lohde** folgendes an. Als Frau in der Funktion als Vorsitzende der **CDU-Fraktion** bedankte sie sich bei den Mitgliedern für das ihr entgegen gebrachte Vertrauen. Dem politischen Raum sei bekannt, dass es die von Frau Falkensteiner genannten Probleme gibt und auch die Fraktion und der CDU-Kreisverband bemüht sich, hier Lösungen zu finden.

Sie habe ein gewisses Problem mit dem Bericht selbst. Er heiße eigentlich Jahresbericht der Gleichstellungsbeauftragten. Im nächsten Jahr sollte man stärker hinterfragen, was ist wirklich in dem Jahr gemacht worden, wo sind die Probleme. Letzteres müsste aber spezifischer auf die Stadt bezogen werden. Dass generell Probleme bestehen, wisse jeder und diese könne man als Stadt nicht lösen.

Darauf entgegnete **Frau Falkensteiner**, diese Anregung eigentlich etwas provoziert zu haben, da sie denke, dass ihre Arbeit eigentlich schon sehr gut in der Presse dargestellt worden ist. Deshalb habe sie es nicht für notwendig erachtet, so detailliert einen Rechenschaftsbericht zu halten. Sie nehme aber die Anregung auf und werde im nächsten Jahr detaillierter auf solche Dinge eingehen. Sie wollte heute einmal bewusst auf frauenpolitische Dinge aufmerksam machen, die über unsere Stadt hinausgehen und die sie auch beschäftigen.

Seinen Dank für die differenzierte Betrachtung sprach **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus. Er denke auch, dass im Wettbewerb als Standort im maßgeblichen Sinne der Anteil dessen, wie Frauen sich in dieser Stadt zu Hause fühlen, bestimmt, ob wir zukunftsfähig sind oder nicht. Er würde sich freuen, wenn Frau Falkensteiner diesen Weg weiter beschreitet. Dieser Ansatz, die Gleichstellung nicht zu einer Kampagne zu machen, sondern zu einer Frage des Alltags, begrüße er an dieser Stelle ausdrücklich.

## 5. Einwohnerfragestunde

**Herr Wolfgang Fischer**, Eigentümer des Gebäudes Taubenstraße 6 in Dessau, berichtete über seine Bemühungen bei der Stadt, damit die von den Grundstücken der DWG in diesem Wohngebiet ausgehende Gefahr beseitigt und die unzumutbaren Zustände verändert werden. Er berichtete über den baulichen Zustand, die Rattenplage und Ver-

müllung. Seine Fragen bezogen sich auf die Verwendung der Fördermittel, wie lange der geschilderte Zustand noch andauern wird und welche Maßnahmen von dem Eigentümer zur Einhaltung der Anliegerverordnung gefordert werden. Des Weiteren fragte er nach, welchen Ausgleich er für das s. E. wertgeminderte Eigentum in Anspruch nehmen kann.

Dem Fragesteller wurde durch **Bürgermeister Gröger** eine schriftliche Beantwortung zugesagt. Hinsichtlich der Aussage vom 28.01., dass die Fördermittel für den Abriss des Rodebilleviertels bereit stehen, erklärte Herr Gröger, Voraussetzung für die Verwendung ist, dass die Stadt, also eine öffentliche Hand Eigentümer des Grundstückes ist. Entsprechende Verhandlungen mit der Bank laufen. Wenn die Stadt Eigentümer ist, werden die Maßnahmen ausgeschrieben. Hinsichtlich der Fragen zur Wertminderung würde eine schriftliche Beantwortung erfolgen.

**Herr Horst Lingner**, Lutherstraße 31, schilderte zum wiederholten Mal sein Anliegen bezüglich der Verschmutzung durch das Unternehmen Schönemann Entsorgung, ansässig auf dem Gelände der ehemaligen Gärungschemie in der Daheimstraße. Die bisherigen Bemühungen seinerseits seien ohne Erfolg gewesen. Er forderte die Stadtverwaltung auf, hier wöchentliche Kontrollen durchzuführen und die Straßenreinigungssatzung dahingehend zu ändern, dass diese Straße regelmäßig mit gereinigt wird. Er habe zum Sachverhalt bereits genügend Schriftverkehr erhalten und wolle nun keine weiteren Schreiben. Es sei notwendig eine Grundreinigung durchzuführen und zu überlegen, die Ausfahrt der Fahrzeuge zu verlegen. Das genannte Unternehmen habe Pflichten zu erfüllen, was es aber nicht tut. Er fragte, warum keine Erziehungs- und Strafmaßnahmen angewandt werden.

Die Problematik sei von Herrn Lingner nochmals als Dienstaufsichtsbeschwerde zusammengefasst worden, was er an BM Gröger übergab.

Dass es an dieser Stelle Probleme gibt, wurde von **BM Gröger** bestätigt. Er betonte, der Stadtverwaltung könne nicht vorgeworfen werden, sich nicht bemüht zu haben. Die Möglichkeiten der Einflussnahme seien für die Stadtverwaltung aber relativiert, wenn nicht eindeutig nachgewiesen ist, dass von diesen Objekten bzw. Grundstücken eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit ausgeht. Dies sei aber nicht nur an dieser Stelle so, sondern auch an den Grundstücken Junkalor und Rodebillestraße, wo sich die Eigentümer nicht kümmern. Die möglichen rechtlichen Mittel wurden ausgeschöpft.

Da Herr Lingner keine weitere schriftliche Beantwortung wünschte, unterbreitete Herr Gröger ihm nochmals ein Gesprächsangebot. Des Weiteren werde er die entsprechenden Ämter bitten, eine Bestandsaufnahme zu machen, ob in der Blmsch-Genehmigung alle Bedingungen erfüllt sind.

Das Gesprächsangebot wurde von **Herrn Lingner** angenommen und er bat weiter darum, dass dieses an Ort und Stelle und vielleicht auch mit dem Eigentümer erfolgen sollte.

**Frau Lohde, CDU-Fraktion**, erklärte, sich dafür einzusetzen, mit dem Vorsitzenden des Umwelt- und Bauausschusses dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Ihrer

Meinung nach müsse man sich sachlich und allumfassend damit befassen, um es seitens des Stadtrates in der Gesamtheit beurteilen zu können.

Unter Protestäußerungen verließ Herr Fischer den Sitzungssaal, da hier s. E. eine unterschiedliche Behandlung des gleichen Themas erfolge.

Herr Schönemann, **Fraktion Die Linke**, erklärte, es gebe keine Ungleichbehandlung. Das Angebot gelte ebenfalls für das Gebiet Taubenstraße, da es auch hier einer schnellstmöglichen Begleitung bedarf.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

## 6. Öffentliche Anfragen und Informationen

### 6.1 Erster Teilungsbericht der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/IV/041/2008/II-20

Zum ausgereichten Teilungsbericht meldete sich **Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, zu Wort. Er regte an, dass im nächsten Teilungsbericht die sonstigen Leistungen der städtischen Gesellschaften mit aufgeführt werden. Er meine damit konkret die Steuerzahlungen, speziell die Gewerbesteuer, Zuweisungen für Stiftungen und detailliert aufgezeigt die Sponsorenleistungen. Er denke, dass all diese Zahlungen das Ergebnis der einzelnen Gesellschaften einerseits verschlechtern, andererseits aber auch gut und nützlich für die Bürger der Stadt sind.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, nahm den Bericht zum Anlass, um nach dem aktuellen Stand der Überarbeitung der Gesellschafterverträge zu fragen. Darauf erwiderte **Frau Beigeordnete Nußbeck** es sei beabsichtigt, nach der Sommerpause die Teilungsrichtlinie und einen Mustervertrag für die Gesellschafterverträge in den politischen Gremien vorzulegen. Als erster Gesellschaftervertrag soll der der DWG überarbeitet werden. Es sollen aber nicht unnötige Kosten verursacht, sondern immer der Gesellschaftervertrag überarbeitet werden, wo es den konkreten Anlass gibt.

Der Teilungsbericht wurde zur Kenntnis genommen.

### 6.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Den ÖPNV betreffend, richtete **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, eine Frage an Herrn BM Gröger. Die Landesregierung habe mit Schreiben vom 17. März Anfragen getätigt im Rahmen der Auskömmlichkeit der Finanzierungsstrukturen des öffentlichen Nahverkehrs. Er bat darum, dass die Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau den Fraktionen zur Kenntnis gereicht wird.

Auf den Artikel in der MZ vom 28.05.2008 „Tausende für eine Roßlauer Sause“ bezogen, erklärte **Herr Mau, CDU-Fraktion**, dass dieser nicht der Wahrheit entspricht. Man wolle dies hier nochmals klarstellen und er bat Herrn Steinberg, dass er hier richtig gezielt nachfragt. Es könne nicht sein, dass indirekt suggeriert wird, dass der Steuerzahler diese Sause vom Schifferfest finanziert. Es sind Erlöse von den Gastwirten, die dort tätig sind. Das Farbfest ist nicht das einzige überregionale Fest, sondern das Schiffer-

fest hat schon über Jahre Tradition. Da hier mit Zahlen gearbeitet wurde, wolle Herr Mau ebenfalls korrigieren, dass das Schifferfest nicht nur 31 TEUR kostet, sondern 65 TEUR. Davon müssen 18 TEUR der Festwirt, 10 TEUR die Standwirte aufbringen, 6 TEUR sind Spenden- und Werbeeinnahmen. Herr Mau bat, dass auch in der schwierigen Phase des Zusammengehens der Stadt Dessau-Roßlau bewusst hinterfragt wird. Man sei als Roßlau mit einem gesunden Haushalt in die gemeinsame Stadt gegangen und er bitte, dass dieser gemeinsame Weg durch solche Artikel und Verunglimpfungen, die von der Presse nicht direkt hinterfragt werden, nicht belastet wird.

Wie der Presse zu entnehmen war, ist in der Lukoer Straße in Roßlau die Errichtung einer Biogasanlage vorgesehen, merkte **Herr Brumme, CDU-Fraktion**, an und fragte, ob ein Bauantrag eingereicht wurde, die Öffentlichkeit beteiligt wird und der Ortschaftsrat konsultiert wurde. Weiterhin fragte er, ob dann gleich die Berliner Straße grundhaft mit ausgebaut wird, da deren Zustand so schlecht sei, dass sie dann keine 7000 Lkw mehr trägt und den Anwohnern nicht mehr zuzumuten ist und welche Stellungnahme - er geht davon aus, dass das Landesverwaltungsamt das Genehmigungsverfahren durchführt - die Stadt abgegeben hat.

Beantwortend führte **Bürgermeister Gröger** aus, die Planung und die Bauabsicht für die Biogasanlage gibt es und muss nach Bundesimmissionsschutz beurteilt und genehmigt werden. Der Antragsteller hat einen Antrag beim Landesverwaltungsamt eingereicht. Die Stadt selbst wird dann mit ihren hoheitlichen Einrichtungen einbezogen. Die Unterlagen werden zugestellt und die Stadt muss eine Stellungnahme abgeben. Wenn man die Unterlagen hat, sei man in der Lage, zu dem Vorhaben exakte Auskünfte zu geben. Dies sei noch nicht der Fall.

Unabhängig davon gebe es in Roßlau eine gewisse Unruhe, was der Presse zu entnehmen war. Diese Maßnahme werde zu gegebener Zeit selbstverständlich im Ortschaftsrat diskutiert. Aber eine Information zu einem so frühen Zeitpunkt ohne gesicherte Grundlage schaffe mehr Aversion als Klarheit. Bei der Lukoer Straße handelt es sich um eine Kreisstraße, die unbestritten nicht den besten Zustand aber eine Leistungsfähigkeit habe, die bei weitem nicht erreicht wurde. All die Dinge seien aber noch zu vage und könnten noch nicht diskutiert werden.

Auf das Stadtumbaugebiet Am Leipziger Tor bezog sich die Anfrage von **Frau Noack, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Es habe bereits verschiedene Aktionen zum Stadtumbau gegeben, z. B. die Eröffnung des Artenschutzturmes und vor etwa einem Jahr ein Spiel „Wer hat die schönste Claim-Idee?“ In letzter Zeit sei sie von Kindern und Jugendlichen angesprochen worden, was nun aus ihrem Spielplatz wird. Frau Noack habe recherchiert und erfahren, dass bei dem genannten Spiel gemalt werden durfte, was man sich wünsche. Es gab dann zum 7. Juli zu einem Sommerfest der Stadtteil-AG eine Preisverleihung. Nunmehr wolle Frau Noack anmahnen, dass Ideen, welche preisgekrönt werden, auch irgendwie umgesetzt werden müssten. Ihr sei deutlich aufgefallen, dass Erwartungen geweckt aber nicht erfüllt wurden. Dies könne man sich als Stadt nicht leisten. Aus diesem Grunde übergab Frau Noack dem Bürgermeister Gröger einen von den Kindern geschriebenen Brief mit der Bitte um Umsetzung.

Eine zweite Frage zielte auf den Beschluss der Einführung des Förderprogramms Soziale Stadt für dieses Gebiet ab. Frau Noack habe in der letzten Sitzung des Stadtrates nach dem Stand der Dinge gefragt und nannte zur Erinnerung einige Zahlen: Die Stadt-



verwaltung beschäftigt sich seit März 2007 mit der Thematik. In der letzten Vorlage stand, dass eine Evaluierung im März 2007 bereits abgehalten wurde. Einen Beschluss zur Einführung des Förderprogramms fasste der Stadtrat am 28. November 2007. Nunmehr vergingen weitere 7 Monate und Frau Noack erwarte ein Ergebnis.

Wie der Stand der Fördermittelproblematik für Junkalor ist, erfragte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Aktueller Anlass seiner Nachfrage ist eine Information, die er in der letzten Woche in Magdeburg von jemandem aus dem Wirtschaftsministerium erhalten hatte, dass die Stadt wohl nicht fristgerecht Widerspruch eingelegt hat. Somit besteht die Gefahr, dass man ganz leer ausgeht.

Zur Beantwortung der vorangegangenen Frage von Frau Noack zur Sozialen Stadt erhielt **Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, das Wort. Sie berichtete, dass heute die Einladungen an die Fraktionen für den 11. Juni 2008 ergingen. Es wurden von den 7 angeschriebenen Büros drei eingeladen. Es soll mit den Fraktionen gemeinsam verhandelt werden, welches der Büros für das Quartiersmanagement im Rahmen Soziale Stadt ausgewählt werden soll. Dies wäre nochmals im Ausschuss zu bestätigen.

Hinsichtlich der Fördermittelbeantragung und des Rückbaus Junkalor führte **Herr BM Gröger** aus, es gab mit der Investitionsbank ursprünglich eine Abmachung, dass wir mit einem sehr hohen Fördersatz und innerhalb von 2 Jahren den Rückbau einleiten können. Dieser hohe Fördersatz wurde dann zurückgefahren, aber einen Einspruch gegen den Fördersatz habe die Stadt nicht eingelegt. Es soll die ehemals verkürzte Bauzeit von 2 Jahren wieder auf 3 Jahre gesetzt werden, um letztendlich zu sichern, dass man mit den Eigenmitteln ausreicht. Diese Vorlage sei momentan in Arbeit und sobald sie in der OB-Runde nach der Gesundung von OB Koschig beraten wurde, würden die Verhandlungen zur Übergabe des Grundstückes eingeleitet werden. Herr Gröger könne nicht erkennen, dass Gefahr im Verzuge wäre.

**Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezog sich in seiner Anfrage auf die Parkzeitung „Stadt im Umbau“, Ausgabe Mai 2008. Dort wurde die Planung für den Stadtpark vorgestellt aber gesagt, dass der Entwurf nicht 1:1 umgesetzt wird. Im Entwurf ist vorgesehen, zwischen Stadtpark und Rathaus-Center - Bürger haben nachgezählt - 57 Linden zu fällen. Er fragte, werden diese Maßnahmen im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt besprochen oder wie wird damit umgegangen.

In der Beantwortung bestätigte **Bürgermeister Gröger**, es gibt für den Planungsprozess des Interkulturellen Generationenparks Maßnahmebeschlüsse, die grundsätzlich im genannten Ausschuss behandelt werden. In diesem Falle sind schon die ersten Beschlüsse gefasst worden. Der Maßnahmebeschluss ist natürlich eine Leistung, die ein gewisses Auslichten erforderlich macht, um mehr Transparenz zu bringen. Dies werde im nächsten Bauausschuss beraten.

Auf das Statement von Herrn Mau, das Schifferfest betreffend, eingehend, gab **Dr. Weber** eine Erklärung ab, da von seiner Fraktion die Diskussion ausgelöst wurde. Er rufe in aller Sachlichkeit die Parteien auf, sich vernünftig damit auseinander zu setzen. Keiner möchte den Roßlauern ihr Schifferfest wegnehmen! Seine Fraktion habe durch eine Anfrage im Finanzausschuss das Thema auf die Agenda gebracht und er denke, man sollte sich in den nächsten Monaten in Ruhe damit auseinandersetzen, welche Feste haben für uns welche Bedeutung und wie können wir sie in der bisherigen

Qualität erhalten. Nur, der Auftritt des Schiffervereins im Ausschuss war kontraproduktiv, daraus eine Presseschelte zu machen, könne es nicht sein. Er werbe für eine sachliche Auseinandersetzung in den entsprechenden Ausschüssen. Man sollte sich damit auseinandersetzen, welche Mittel sind vorhanden, wie viel geben wir den Vereinen für Tradition und Heimatpflege, aber auch den überregional bedeutsamen Festen - und hier halte er das Farbfest für durchaus etwas bedeutender - aber man muss sich über die Kosten-Nutzen-Verhältnisse, über die Eigenanteile, die Besucher- und Einsparpotenziale, aber auch über das Wecken von bürgerschaftlichem Engagement und das stärkere Einbinden unterhalten. Wenn man da auf eine sachliche Ebene zurückkommen könnte, Dessau wie Roßlau, dann kann es gelingen, alle Feste, die wir bisher haben, in der Qualität zu erhalten.

An die Aktion des Kiez e.V. am 19. Mai 2008 - Verlegung der Stolpersteine - erinnerte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Er informierte, dass man 25 weitere Lebensläufe in Bearbeitung habe, die vermutlich ebenfalls die Voraussetzungen zur Verlegung eines Steines erfüllen werden. Aus den eingegangenen Spenden können derzeit 3 bis 4 weitere Steine finanziert werden und es werde versucht, in etwa 12 Monaten eine zweite Aktion für Dessau zu organisieren.

Eine weitere Aktion, an der sich auch einzelne Stadträte beteiligten, ist die Kinderpatenschaft, für die Herr Giese-Rehm hier geworben habe. Er berichtete, durch die eingegangenen Spenden ist es möglich, insgesamt 80 sozial benachteiligte Kinder in die Ferien zu schicken. Derzeit laufen die Anmeldungen dazu. Wer noch Bedarf sieht, könne sich an ihn persönlich wenden, es gibt noch freie Plätze.

Den Informationen schloss Herr Giese-Rehm eine Frage an. Man habe eine Gefahrenabwehrverordnung beschlossen und er möchte wissen, ob in der Umsetzung konkrete Erfahrungen gesammelt werden konnten. Speziell interessiere ihn die Problematik der Behandlung des Trinkens in der Öffentlichkeit.

**Frau Beigeordnete Nußbeck** sagte zu, wenn Interesse bestehe, könne hier im Stadtrat ein Bericht vorgelegt werden, etwa in der Form, wie es beim Hochwasserbericht gehandhabt wird.

Auf den in der zweiten Etage des Rathauses, vor dem Büro des Oberbürgermeisters, stehenden symbolischen Brunnen verwies **Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke**. Diese „Brunnensteine“ aus Pappe wurden liebevoll von Dessauer Kindern gestaltet. Unicef habe dies zum Anlass genommen, daraus einen richtigen Brunnen zu bauen. Dafür werden diese „Steine“ zu je 5,- € „verkauft“. Über Frau Sanftenberg (oder auf der Internetseite von Unicef) könne die Kontonummer erfragt werden, bei einer Summe ab 20,- € werde auch eine Spendenquittung gegeben.

Er habe Kenntnis bekommen, dass es für den Kristallpalast einen Investor gibt, der das Grundstück erworben hat und ggf. schon konkrete Planungen zur künftigen Nutzung vorliegen, merkte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, an und bat um Information, die auch schriftlich nachgereicht werden könnte.

Man sei als Stadt, wie auch am Standort Rodebilleviertel, Molkerei, Andes-Turm, auch in diesem Bereich mit der BHG-Bank als Konsortialführer für insolvente Unternehmen im Gespräch, entgegnete **Bürgermeister Gröger**. Die BHG-Bank hat noch vor etwa 6/7

Wochen durch den Insolvenzverwalter erklären lassen, dass es für den Kristallpalast noch keine Entscheidung gebe. Daraufhin habe sich die Stadtverwaltung mit der Vorstandsvorsitzenden der BHG-Bank in Hagen/Nordrheinwestfalen auseinandergesetzt und ihr einen Brief geschrieben. Es wurde mitgeteilt, was die Stadt schon vor drei Jahren angeboten hat, dass wir als Stadt bereit sind, und das ist auch durch Beschlusslage im Bauausschuss untersetzt worden, diesen Kristallpalast einschließlich des Grundstückes zum symbolischen Preis von 1,- € aber dann lastenfrei zu erwerben.

Parallel dazu ist ein Baugesuch eingegangen für einen Nahversorger, der hinter der denkmalgeschützten Mauer aufgestellt werden soll. Dieses wurde zunächst einmal abgewiesen, aber man habe versucht, den Antragsteller einzuladen. Die Einladung war für vergangenen Montag ergangen, wurde aber abgesagt. Herr Gröger wisse aber durch eine leitende Mitarbeiterin der BHG-Bank, dass nicht das Grundstück, sondern die Forderungen verkauft worden sind und offensichtlich der Absender und Antragsteller aus Frankfurt/Main zunächst einmal Vermarktungschancen eruieren möchte.

Fest stehe, die BHG-Bank hat die Forderungen verkauft und ist nicht mehr unser Gesprächspartner. Die Stadt sei nun darauf angewiesen, in welchem Gesamtkontext derjenige, der die Forderungen erworben hat, bereit ist, mit uns weiter zu verhandeln. Die Ausgangssituation ist sehr viel schlechter als zu dem Zeitpunkt, zu dem die Vorlage eingebracht worden war. An dem Verlauf trage die Stadt jedoch keine Schuld.

**Herr Mau, CDU-Fraktion**, erklärte, man sei für eine klare Diskussion für den Haushalt. Es gehe ihnen darum, das sage er im Namen des Ortschaftsrates Roßlau, der Bürger von Roßlau und des Wirtschafts- und Gewerbevereines, dass die Art und Weise der Lokalredakteure nicht Konsens findet, sondern dass man ordentliche Berichterstattung macht und zunächst zwei Seiten anhört, damit auch die Zahlen stimmen. Verwunderlich war auch, dass der Bericht am Tage des Kulturausschusses in der Zeitung stand. Er sei für eine ordentliche Diskussion und auch für die Zusammenführung der Haushaltsstellen, aber in einem sachlichen und ruhigen Ton. Seine Grundsatzfrage sei allein, wer die Zahlen der Presse gegeben hat.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

## **7. Beratung und Beschlussfassung des Haushaltes 2008**

**Frau Beigeordnete Nußbeck** wies auf ihre ausführlichen Darlegungen bei der Einbringung des Haushaltes hin. Des Weiteren wurden vier Haushaltsausschussberatungen durchgeführt. Insgesamt wurde der Haushalt 7 mal beraten, zusätzlich erfolgte eine Kulturausschusssitzung zur Thematik und eine interfraktionelle Runde. Insofern wurde der Haushalt umfassend besprochen und liegt heute mit den mehrheitlich beschlossenen Änderungen zur Beschlussfassung vor.

Am heutigen Tage wurde ein Austauschblatt übergeben, merkte Frau Beigeordnete Nußbeck an. Es handelt sich um die Seiten 633/634. Bei der Korrektur der einzelnen Blätter wurde festgestellt, dass auf Seite 634 unter den Verpflichtungsermächtigungen der Haushaltsstelle Zuschuss an den Heimatverein Mosigkau die 126.000 EUR nicht aufgelistet waren. Sie fehlen aber in keiner Summe, sondern nur in der einen Darstellung. Auswirkungen auf den Haushalt gibt es inhaltlich nicht mehr.

Als erster Redner meldete sich **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, zu Wort. Er erklärte, dass die Fraktion den Haushaltsentwurf mit den unstrittigen Ergänzungen mittrage. Dank sprach er der Verwaltung für die Zielstrebigkeit und Zusammenarbeit aus.

Mit dem Antrag der SPD zur Kommunal Kombi, der Unterstützung der einmaligen Beihilfe bei der Einschulung und für die Sportförderung habe die Fraktion andere Schwerpunkte gesetzt, nicht vorrangig in Beton und Asphalt zu investieren, sondern in Menschen, in Förderung für Kinder und Jugendliche und in die Entlastung der Familien. Die SPD-Fraktion weise darauf hin, dass die Armut nicht nur eine gesellschaftliche, sondern erst recht ein politisches Problem ist. Menschen, die ohne Arbeit auf Dauer vom gesellschaftlichen Leben, von den Aufstiegsmöglichkeiten und auch von Zukunftschancen ausgeschlossen sind, gefährden unsere Demokratie. Wir müssen jetzt beginnen, und dies gelte auch für den Haushaltsentwurf 2009, mit planvoller Vorbeugung Fehlentwicklungen gegenzusteuern. Jeder Euro, der jetzt gezielt eingesetzt wird, indem Menschen in den jeweiligen Lebenssituationen geholfen wird, ihnen Perspektiven eröffnet und ermöglicht werden, hilft den Betroffenen und verhindert Fehlentwicklungen. Die SPD-Fraktion schätze ein, dass das auch zu einer guten Entwicklung für die Stadt führt.

Die Möglichkeiten der neuen Förderkulisse sollten entschlossen genutzt und voll ausgeschöpft werden. Mit dem Kommunal-Kombi wird es gelingen, Menschen sozialversicherungspflichtig in Arbeit zu bringen, ihnen eine Perspektive aufzuzeigen und etwas für das Gemeinwohl zu tun. Auch wenn wir als Kommune Mittel einsetzen, es wird sich für die Menschen und auch für die Kommune auszahlen.

**Herr Weber, CDU-Fraktion**, merkte an, dass die Beschlussfassung des Haushaltes 2008 zu spät kommt, die wichtigsten Investitionen wieder nicht ermöglicht und im Sozial-, Kultur-, Senioren-, Jugend- und Sportbereich zu wenig Ausgaben zulässt. Er äußerte, man beschließe die weitere Mangelverwaltung, weil man unfähig war, eine Einigung auf mehr als den kleinsten gemeinsamen Nenner zustande zu bringen. Er meine alle und damit auch die CDU-Fraktion. Keine Partei war bereit, über bisheriges Denken hinaus zu streben, weil man rasch einen technischen Haushalt, nämlich den ersten echten gemeinsamen Haushalt der Doppelstadt Dessau-Roßlau braucht. Noch in den letzten Sitzungen des Haushaltsausschusses habe man Änderungen eingebracht, in denen sich fast alle Fraktionen wieder finden konnten. Als CDU habe man sich zuletzt noch für den Sport, die Freiwilligen Feuerwehren, die Senioren und das Theater stark gemacht. In anstrengenden Verhandlungen mit der Finanzdezernentin haben wir Kompromisse eingehen müssen.

Der Haushalt 2008 ist noch für ein halbes Jahr gültig. Für den Haushalt 2009 habe Frau Nußbeck zugesagt, dass sie von der Verwaltung her Konzepte vorlegen wird, die Aussagen darüber treffen

1. wie dem Theater 400.000 EUR belassen werden können, um ab 2009 nicht mehr im Konsolidierungskonzept aufzutauchen. Dieser Kompromiss ist gut für die Kultur in unserer Stadt, gut für die Beschäftigten des Theaters und für den neuen Generalintendanten, weil er so besser die Hilfe des Landes erkämpfen kann.
2. wo und in welchem Umfang mehr Angebote für die Seniorenbetreuung notwendig sind,
3. wie die Anwerbung von jungen Mitgliedern für die Freiwilligen Feuerwehren gefördert werden muss,

4. wie die Sportförderung generell konzeptionell neu orientiert und verstärkt werden soll, dass
5. ein Teil dieser Gelder zukünftig gleich durch Budgets der Ortschaftsräte verwaltet werden kann.

Herr Weber denke, wenn man Kompromisse eingeht, vorher Forderungen stellt, dann aber Kompromisse angeboten bekommt, die so nachhaltig wirken können, wie die Kompromissvorschläge, die Frau Nußbeck und wir alle erarbeitet haben, dann kann das, was die Nachhaltigkeit angeht, nur nach vorn führen. Es sind keine weltbewegenden Ergebnisse, aber Ergebnisse, die von Vernunft, sozialer Verantwortung und von dem Willen sprechen, dass Rat und Verwaltung vertrauensvoll in die gleiche Richtung streben. So waren die Haushaltberatungen insgesamt von konstruktiver Zuverlässigkeit geprägt.

Die CDU-Fraktion danke allen Fraktionen des Rates für die Unterstützung ihrer Vorschläge und versichert, dass sie die Vorschläge der anderen Fraktion aufrichtig mittragen und auch bei der Umsetzung positiv begleiten werden. Der Verwaltung sage man kritische Begleitung bei der Umsetzung dieses Haushaltes zu und fordere schon jetzt eine baldige Vorlage des Haushaltes 2009, die nicht später als im November d.J. sein sollte.

**Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, ging auf die Zusammenführung der Haushalte der ehemals kreisangehörigen Stadt Roßlau, der kreisfreien Stadt Dessau und des Teilhaushaltes des ehemaligen Landkreises Anhalt-Zerbst im Haushalt 2008 ein. Insofern sei es positiv, den Vollzug des Haushaltsjahres 2007 abzuwarten, um verlässliche Zahlen zu haben. Der jetzt vorliegende Haushalt werde eine breite Zustimmung finden. Für die Zukunft bleiben jedoch viele Baustellen, die durch den Stadtrat und die Verwaltung gemeinsam zu begleiten sind, z. B. die Frage der Personalentwicklung. Diesbezüglich liege erstmals eine Analyse zum Personalentwicklungskonzept vor, was eigentlich regelmäßig fortgeschrieben werden muss. Man habe das Thema der Kindertagesstättenübertragungen und die Konsolidierungsvorschläge im Kulturbereich zu begleiten. Stadträte und Verwaltung sind gemeinsam aufgefordert, Schwerpunkte zu setzen, was in diesem Haushalt noch nicht stattgefunden hat. Man habe viel zu wenig investive Mittel für die Verbesserung der Vorortstraßen und im Kultur-, Sozial- und Bildungsbereich noch zu wenige Investitionen.

Der Kulturausschuss habe ganz bewusst eine gemeinsame Haushaltsberatung durchgeführt, welche auch sehr konstruktiv verlaufen ist, führte Herr Dr. Schmidt als dessen Vorsitzender aus. Im Ergebnis wurde eine Anpassung der finanziellen Ausstattung der Museen und eine Erhöhung von etwa 9.300 € erreicht. Für den Bucherwerb habe man 16 T€ mehr bereitstellen können, um den Bildungsauftrag der Bibliotheken besser erfüllen zu können, und für das Stadtarchiv eine Erhöhung von 8.600 € durchgesetzt.

Im Vermögenshaushalt wurde angeregt, die Förderung für private Denkmalobjekte wieder auf 10 T€ zu erhöhen und es wurden 6 T€ zusätzliche Mittel für den Erwerb von Spielgeräten durchgesetzt. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit der Einrichtung einer eigenen Haushaltsstelle Feste im Kulturbereich festgestellt. Hier erwarte man im Herbst einen Vorschlag der Verwaltung, dass man Dessauer Feste auf eine andere finanzielle Basis stellt. Gleichzeitig müssen die Kulturförderungen für freie Träger und Vereine auf eine stabile Basis gestellt werden. Der Kulturausschuss will dies im Herbst inhaltlich

diskutieren und dann auch einen Vorschlag machen, der in den Haushalt 2009 hinein-  
kommt.

Der Kulturausschuss werde sich mit dem Konsolidierungsvorschlag im Museumsbereich, also mit der Bildung eines Museumsverbundes erstmals in der nächsten Sitzung beschäftigen, weil das finanzielle, personalrechtliche und inhaltliche Auswirkungen für die Stadt habe. Dr. Schmidt richtete die Bitte an die anderen Ausschüsse, auch die Prioritäten für die kommenden Jahre noch einmal zu diskutieren. Es gab eine gemeinsame Vorlage der Fraktionen CDU und SPD und seiner Fraktion zur Sanierung aller öffentlichen Gebäude der Stadt. Hier sei eine Übersicht zugesagt worden, welcher Bedarf da ist, um wirklich die Schwerpunkte der künftigen Investitionspolitik der Stadt besser abstimmen zu können.

Ebenfalls ernst zu nehmen ist die Arbeit als Aufsichtsräte von Gremien, sei es der DVV oder Sparkasse, dass beschlossene Beiträge der Unternehmen zur Konsolidierung des Haushaltes auch eingehalten werden. Es könne nicht sein, dass die Stadtparkasse die Gewinnausschüttung an die Stadt nicht realisiert, obwohl das für die Konsolidierung des Haushaltes dringend notwendig ist. In diesem Sinne bitte er um konstruktive Mitarbeit und um fachliche Unterstützung der anderen Ausschüsse. Die nächsten Jahre müsse man nutzen, um neue inhaltliche Pflöcke in die Diskussion zu schlagen.

Seine Vorredner haben bereits viele Dinge vorgebracht, die er ebenfalls darstellen wollte, erklärte **Herr Pätzold, Fraktion Die Linke**. Auf zwei Aspekte eingehend, stellte er sich zunächst die Frage, worin sich der Haushalt der gemeinsamen Stadt Dessau-Roßlau vom vorigen Haushalt 2007 unterscheidet. Man habe festgestellt, dass es ein technischer Haushalt ist, zusammengestellt aus 3 Haushalten. Er ist ein Übergangshaushalt, in dem zwar das strukturelle Defizit im Jahr 2007 in diesem Jahr um ca. 14 Mio. € gesenkt wurde, der aber noch nicht den inhaltlichen Forderungen eines Oberzentrums entspricht.

Er wolle sich an dieser Stelle nicht über die insbesondere durch die Medien und die heute schon zu Tage getretene überhitze Darstellung zur finanziellen Ausstattung in den eingemeindeten Vororten und den Stadtteil Roßlau auslassen, aber sowohl in der Privatwirtschaft, wo er tätig ist, als auch im öffentlichen Dienst müsse man in einer Übergangsphase der Einführung neuer Strukturen, Verfahren, Methoden und Zusammenhänge finden und ausloten, welche Maßstäbe geeignet sind, um das Ziel zu erreichen. An dieser Findung müssen in den nächsten Monaten Stadtverwaltung und Stadtrat weiter arbeiten. In der Fraktion habe man sich Schwerpunkte für den Haushalt gesetzt in Bildung, Gesundheit, Wirtschaftsförderung und der Aufstellung und Durchsetzung städtischer Konzepte. Ein Teil dieser Ergebnisse sind in den Änderungslisten des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes enthalten. Aber insbesondere durch die Tarifverhandlungen haben sich die Personalausgaben um ca. 1 Mio. € erhöht und damit den Grenzbetrag entsprechend im Jahr 2008 überschritten. Aufgrund dieser Tatsache und der Auseinandersetzung mit dem Personalentwicklungskonzept werde die Fraktion hier die Schwerpunktaufgaben auch in Zukunft sehen. Die positiven Änderungen durch die Veränderungslisten wurden schon angesprochen. Zu einer heute noch zu entscheidenden Vorlage zur einmaligen Beihilfe für Einschulungen gebe es sicher keine Probleme. Man begrüße auch die Einführung des Kommunal-Kombi sowie die Förderung des Spitzensports und die Ausgabensenkungen, Erhöhungen und Veränderungen im Vermö-

genshaushalt. Diese Ansätze zeigen einen Richtungswandel in der Stadtverwaltung und haben unsererseits insgesamt zur positiven Haltung zum Haushalt 2008 geführt.

Über das Konsolidierungskonzept wurde noch nicht groß gesprochen. Hier habe seine Fraktion die Meinung noch nicht geändert. Den Einsatz von Veräußerungserlösen städtischer Gesellschaften und Eigenbetriebe zur Tilgung und somit im Haushaltskonsolidierungskonzept lehne die Fraktion weiterhin ab.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, verwies auf einen Antrag in der abschließenden Runde der Änderungsvorschläge, der sich mit der Sicherung der Existenz der Wirtschaftsfördergesellschaft und Touristik GmbH Anhalt beschäftigte. Dort habe man sich darauf geeinigt, dass im Zuge der zu regulierenden Vorgänge bis zum Jahresende die Existenz sichergestellt ist, um anschließend entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Wichtig war, dass es ein Signal aus Bitterfeld gab, diese Gesellschaft weiter unterstützen zu wollen, um vielleicht doch noch eine wirkliche Regionalität zu erzeugen. Schön wäre, wenn Wittenberg dazu stoße, wo man jüngst erkannt habe, dass das Oberzentrum Dessau nicht ganz unwichtig für ihre regionale Bedeutung ist. Er stellte die Frage, wie mit diesem Sachverhalt umgegangen wird. Ihm sei wichtig, dass das im Protokoll festgehalten wird. Es ändere an der Zustimmung zum Haushalt und der Ablehnung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes jedoch nichts.

Der Oberbürgermeister habe in der interfraktionellen Runde erklärt, dass an so einem Konzept bzw. an dieser Arbeitsrichtung bis zum Jahresende noch einmal gearbeitet werden soll. Eine entsprechende Entscheidung soll auch vorbereitet werden und die Finanzierung in diesem Jahr ist bis zum Jahresende gesichert über einen Dritten, erklärte **Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen**. Bis zum Jahresende werde den Stadträten die Entscheidung vorgelegt, ob dieses Konzept aufgeht, das jetzt in Rede steht.

**Herr Bähr, Fraktion der FDP**, bemerkte, man habe mehrere Statements gehört, die er nicht ganz teilen könne, denn man habe nur wenig konsolidiert. Man werde das Konzept mittragen, weil die Verwaltung gesagt hat, sie schafft auch da die Anpassungen, die nachverhandelt wurden. Es bleibe aber ein Faktum, dass 26,5 Mio. € fehlen, was 15 % seien. Wenn man jetzt nach 2009 sehe und versuche festzustellen, was dort noch für unser Klientel getan werden kann, sei das die falsche Art. Man werde noch ein Stück konsolidieren und in den Verhandlungen für 2009 sehr genau gucken müssen, was man noch ausgeben kann. Er bat darum, den Haushalt jetzt zu verabschieden, bitte aber alle Parteien, im Jahr 2009 etwas mehr in Richtung Konsolidierung zu sehen.

## **7.1 Haushaltskonsolidierungskonzept 2008 und Folgejahre** **Vorlage: DR/BV/142/2008/II-20**

Dem Haushaltskonsolidierungskonzept wurde zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 34:09:00

**7.2 Haushaltssatzung 2008 Haushaltsplan 2008 Finanzplan 2008  
Stellenplan 2008  
Vorlage: DR/BV/143/2008/II-20**

Die Haushaltssatzung, der Haushaltsplan, Finanzplan und Stellenplan 2008 wurden beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 42:00:01

**8. Beschlussfassungen**  
**8.1 Planungsgrundsätze für investive Maßnahmen im  
Anhaltischen Theater Dessau 2009 bis 2012  
Vorlage: DR/BV/149/2008/I-ATD**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 41:00:02

**8.2 Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des rechtswirk-  
samen Bebauungsplanes Nr. 147 "Schlachthof Dessau-Nord"  
Vorlage: DR/BV/161/2008/VI-61**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 43:00:00

**8.3 Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan  
Nr. 104-B „Industrie- und Gewerbegebiet Köthener Straße“  
Vorlage: DR/BV/162/2008/VI-61**

**Herr BM Gröger** legte die Entwicklung des Bebauungsplanes dar. Der Stadtrat habe sich im Jahr 2001 dafür ausgesprochen, dass das Gewerbegebiet als reines Gewerbe- und Industriegebiet auszurichten ist, um eine Verbesserung und Stärkung des Einzelhandels in der Innenstadt sicherzustellen. Unter diesem Aspekt wurde am 20.05.2002 im Wirtschafts- und Planungsausschuss dieser B-Plan gebilligt und am 09.07.2003 mit der Abwägung der daraufhin eingegangenen Stellungnahmen mit dieser Aufgabenstellung und ohne Widersprüche behandelt und beschlossen.

Leider war in den darauf folgenden Jahren die Finanzkraft nicht mehr so stark, so dass dieser B-Plan nicht Satzungsrecht erhalten konnte. Darum stehe man heute vor dem Dilemma, dass an dieser Stelle kein rechtskräftiger Bebauungsplan vorliegt.

In der letzten Zeit entfachte sich der Streit um die Ansiedlung eines Discounters von Lidl und im Zusammenhang mit der Erarbeitung des für den Beschluss im nächsten Stadtrat vorbereiteten Einzelhandelsgutachtens ging gestern die vorletzte Sitzung zur Bearbeitung des Zentrenkonzeptes zu Ende, das uns in die Lage versetzen soll, nach Beschlusslage Ende des Jahres, eine Rechtsgrundlage zu haben, unsere Stadt nicht von außen, nicht von Dritten entwickeln zu lassen, sondern nach dem politischen Willen dieses Hauses.



Dieser politische Wille ist 1998, 2002 und 2003 dokumentiert und bis heute nicht zurückgenommen worden, wonach Einzelhandel in dem Geltungsbereich nicht ausgewiesen werden soll. Die logische Konsequenz sei, entweder die Veränderungssperre, so wie sie vorgeschlagen wurde, zu bestätigen, oder die Beschlusslage von damals zu verändern. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass man dann der Entwicklung des Zentrenkonzeptes über das Einzelhandelsgutachten den realen Boden entziehe. Mit einer vermeintlichen gerichtlichen Auseinandersetzung habe man sicherlich gute Karten, wenn man ablehne, aber rechtssicher werde das Verfahren mit diesem Abwägungsbeschluss.

Weil wir hier in diesem Hause nicht Festlegungen, wie die genannten treffen können und dann durch eine Maßnahme in einem Aufsichtsrat zu einem anderen Schluss gekommen sind, sei er der Auffassung, könne man so leichtfertig eine solche eingegangene Planungsvorgabe, Planungsziel und Planungsinhalt nicht aufs Spiel setzen. Die GMA hat, die Unterlagen sind den Stadträten ausgereicht worden, sich speziell zu diesem Standort geäußert und zusammenfassend festgestellt, dass ein solches Vorhaben an diesem Standort zum Widerspruch zu den formulierten Zielen des Einzelhandelsgutachten und des Gutachtenerstellers steht. Das Vorhaben an diesem Standort befindet sich außerhalb der empfohlenen abgegrenzten Nahversorgungsgebiete, in einem vergleichsweise dünn besiedelten Bereich und zugleich an einem isolierten Standort, der einer vernünftigen, sinnvollen Stadtentwicklung jeglicher Grundlage entbehrt. Vor diesem Hintergrund und der Verantwortung, diese Stadt so zu gestalten, wie es politischer Wille ist, bat Bürgermeister Gröger um Zustimmung für diese Vorlage.

**Herr Pohl, CDU-Fraktion,** führt aus, die Vorgeschichte der Vorlage sei nicht nur eine lange, sondern eine im zunehmenden Maße emotional geführte. Diese Vorlage sei untrennbar mit dem Einzelhandelsgutachten verbunden, welches nächsten Monat wieder auf der Tagesordnung stehe. Die Aufsichtsräte der DVV des Stadtrates seien mehrfach in einer Art und Weise unter Druck gesetzt worden, die nicht akzeptabel ist. Er verbitte sich jegliche Hinweise darauf, dass ein Stadtrat und Aufsichtsrat, wie ein Mitglied des Stadtrates im Amtsblatt des Juni diesen Jahres geschrieben hat, in eine schizophrene, also gesplante Persönlichkeit, mutiere. Das sei falsch. Er liefere gern die richtige Definition für Schizophrenie. Das habe nichts mit Persönlichkeitsspaltung zu tun, sondern sei einfach eine Diagnose für eine psychische Störung des Denkens, der Wahrnehmung und der Effektivität. So sollte man nicht miteinander umgehen. Für einen Rhetorikpreis reiche dieser Beitrag mit Sicherheit nicht.

Das Ziel dieser Vorlage sei ausschließlich die Verhinderung eines kleinen, unter 800 m<sup>2</sup> großen Lidmarktes an diesem Standort in der Köthener Straße. Der B-Plan sei bis zum heutigen Tage nicht vollendet, es gab in den letzten 5 Jahren keine Bewegung. Diese Vorlage komme einer Verhinderungsplanung gleich, die für nicht zulässig gehalten werde. Weiterhin gebe es ein Schreiben der GMA, der Gesellschaft, die ein ordentliches Einzelhandelsgutachten erstellt hat. Herr Pohl verwies auf die Zeitschiene, wann was in welchem Ausschuss behandelt wurde, wann diese Vorlage aufgetaucht ist und dann wundersamer Weise mit Datum vom 20. Mai ein Einzelhandelsgutachten der GMA vorlag. Er zitierte Passagen, damit man sehen könne, wie das hier zu werten ist. Da ist z. B. die Rede „auch ohne eine detaillierte Bewertung der möglichen wirtschaftlichen Folgen“, „einer möglichen Ansiedlung“, „Verschärfung der Wettbewerbssituation mit der möglichen Folge, dass die Ellerbreite in ihrer Existenz bedroht wird und möglicherweise aus dem Wettbewerb ausscheidet“, „unabhängig von möglichen Auswirkungen einer

Einzelfallbetrachtung und bei geringen wirtschaftlichen Rückwirkungen.“ Wenn diese qualifizierte Gesellschaft GMA, die mit Sicherheit in der Bundesrepublik weit bekannt und anerkannt sind, diese oberflächigen inhaltslosen Aussagen dazu nutzt, um z. B. festzustellen, der Beschluss, die notwendigen Flächen zur Realisierung des Lidlplanvorhabens in der Köthener Straße zu verkaufen, stehe im Widerspruch zu den Zielen des Dessau-Roßlauer Einzelhandelsgutachtens, sage er, Herr Pohl, das sei ein ganz klares Gefälligkeitsschreiben, was die GMA auf Anforderung der Verwaltung angefertigt hat.

Die Argumentation zu den wirtschaftlichen Folgen für die Ellerbreite sei für Herrn Pohl nicht logisch, er habe sich das dort angesehen. Dann maßt sich die GMA an, und das lasse er gesondert prüfen, auf der Seite 4 im Punkt 2 zu sagen „Sofern der Verkauf des Grundstücks bereits beschlossen oder vollzogen wurde, sollte die Stadt Dessau evtl. Schadersatzansprüche juristisch klären lassen.“ Er habe sich erkundigt, wie es juristisch zu interpretieren ist. Er habe von Leuten, die mehr juristischen Sachverstand haben als er, eine einhellige Antwort bekommen. Es könne nur Zielrichtung sein, sich die Stadträte, die als Aufsichtsrat in der DVV tätig sind, anschließend vorzunehmen. Das wäre schon ein ungeheuerlicher Vorgang.

Aus seiner Sicht der Dinge würde dort ein erheblicher städtebaulicher Missstand beseitigt werden und habe keinerlei schädliche Auswirkungen auf den Innenstadtbereich. Wenn es so wäre, müsse man erklären, warum der Lidl-Gruppe als Alternativstandorte die Schaftrift oder an der Mannheimer Straße angeboten wurden. Diese seien ein Stück näher am Zentrum. Drittens sehe er persönlich keine gravierende wirtschaftliche Schädigung der Ellerbreite, also der Versorgungseinrichtung am Zoberberg. Er behaupte, bei ungefährender Vorstellung von der Größenordnung der Umsätze, könnte für den Zoberberg eine Umsatzeinbuße ganz weit unter 10 % eintreten. Herr Pohl stellte abschließend fest, dass aus dieser Sicht der Dinge, die CDU-Fraktion den Antrag geschlossen ablehnen werde.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, stellte fest, vieles im Vorfeld gelaufene, sei bereits angerissen worden. Er stellte die Frage, inwieweit die Veränderungssperre von heute, die gemäß der § 34-Regelung tangiert, der bisher noch genehmigungsfähige Aspekte in sich führe bei 800 m<sup>2</sup> Einzelhandelsfläche, indem man mit der Veränderungssperre eine Investition verhindere. Ist das so? War die Aktivität, die Beschlussvorlage des Gutachtens der GMA zu einer Handlungsrichtlinie adäquat eines möglichen städtischen Konzeptes zu deklarieren, ebenfalls ein Unterfangen mit dem Ziel, die Ansiedlung einer Investition in der Köthener Straße zu unterbinden.

Zu der Problematik des Gutachtens der GMA konnte man, nachdem sie dieses Gutachten erarbeitet haben, am Ende gar keine andere Stellungnahme erwarten. Wäre das hier eine unabhängige Betrachtung, könne diese nur ein unabhängiges Büro abgeben, ansonsten bekomme man das gleiche Ergebnis. Über diesen Ton und Empfehlung sei er allerdings auch verwundert. Für ihn sei diese Art und Weise des Umgangs unverständlich. Sie rufe Unbehagen hervor, weil es dem Miteinander des bisherigen Vorgehens im Stadtrat eigentlich nicht entspreche. Er wolle auch nicht, dass aus dieser Auseinandersetzung persönliche Beschädigungen entstehen. Diese seien allerdings mit Vorverurteilungen und Behauptung von Unwahrheiten bereits in Gang gesetzt.

Im Zusammenhang mit dem, was Karl Gröger betreffe, verstehe er das nicht. Nicht zuletzt, weil dieser in der Übergangsphase mit Bravour ein politisches Vakuum in dieser Stadt kompensiert hat. Er sollte eigentlich in den jetzt noch zu bestreitenden Amtstagen einen Triumphzug in Vollendung seiner Tätigkeit erleben. Durch die jetzige Zuspitzung nehme er womöglich Schaden im Zusammenhang mit einem solchen Image. Das meine er ernst, sei kein Getue und keine Plänkelei.

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, erklärte, der Einzelhandelsstandort im Stadtteil Alten sei ein echtes Problem geworden, nachdem die ehemalige Kondi-Kaufhalle in der Schaftrift geschlossen wurde. Es gibt im Stadtteil Alten keinen Nahversorger mehr. Herr Bönecke benannte die Fläche, welche ein riesiges Areal mit einem ganz erheblichen Anteil an Einwohnern sei, die keinen Nahversorgungsstandort mehr hat. Er habe viele Gespräche gerade mit älteren Einwohnern in dem Stadtteil geführt, die gefragt haben, was die Stadträte gegen die Schließung tun können. Er musste sagen, dagegen könne man nichts tun, weil es eine wirtschaftliche Entscheidung des Wirtschaftsunternehmens sei das diesen Markt betreibt. Jetzt ergebe sich die Möglichkeit, zwar nicht an seinem Wunschstandort, hier relativ in der Mitte einen Einzelhandelsstandort zu etablieren. Er hätte sich einen wesentlich näheren im Zentrum des Stadtteils gewünscht, sei aber nicht bereit, aus welchen Gründen auch immer, die Verhinderung einer Investition in dieser Stadt mit zu tragen. Ein solches Vorgehen halte er mit Blick auf die Außenwirkung dieser Stadt auf potenzielle andere Investoren für höchst bedenklich. Wenn sich jemand nur Gegenargumenten und Anfeindungen ausgesetzt sieht und Winkelzüge veranstaltet werden, um Vorhaben zu verhindern oder zu behindern, könne das für eine wirtschaftliche Entwicklung sehr bedenklich werden.

In einem Leserbrief in der MZ sei mit einer deutlichen Wortwahl der Blick auf Verhinderung von Investitionen gerichtet worden. Es war im Ergebnis die Rede davon, dass genau derartiges Verhalten an der Misere der wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt Schuld ist. Deshalb werde Herr Bönecke die Veränderungssperre ablehnen.

Dieser Stadtrat habe schon mehrfach Veränderungssperren beschlossen, erklärte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Diese werden in der Regel immer beschlossen, wenn es ein konkretes Vorhaben gibt. Er denke z. B. an die Veränderungssperre im Bereich des Damaschkecenters, welche hier mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Jedem sei klar geworden, dass die Stadt Einwohner verliert. Er erinnere sich an viele Diskussionen und Artikel von Herrn Otto im Amtsblatt, wo man versucht habe, dem Bürger zu erklären, warum 700 oder 800 Märkte an den unmöglichsten Stellen entstehen und die Stadt darauf keinen Einfluss habe. Der Gesetzgeber habe dies nun erkannt und eine Gesetzesänderung erlassen und gesagt, der Schutz der Nahversorgung und der Zentrumsentwicklung ist ein besonderes Schutzziel des Baugesetzbuches. Es sei notwendig, dass die Städte entsprechende Konzepte erarbeiten, um eine Steuerung der Discounter dieser Nahversorgungsmärkte überhaupt zu realisieren. Was eben mit dem Plus-Markt genannt wurde, sei aus seiner Sicht ein gutes Beispiel, weil dort die Städtische Wohnungsbaugesellschaft ein Abrissgrundstück an einen Investor verkauft habe und nun steht es leer. Man habe also einen neuen städtischen Missstand geschaffen.

Wenn man sich die Diskussionen der Arbeitsgruppen zum Zentrenkonzept oder zum Einzelhandelskonzept ansieht und daran auch teilnimmt, werde klar, dass die Stadt ein

Überangebot an Flächen hat. Das stelle auch die IHK und das Einzelhandelsgutachten fest. Im Durchschnitt gebe es in den alten Bundesländern auf 100.000 Einwohner 17 Discounter, in den neuen Bundesländern sind es 26 und in Dessau habe man heute schon auf 90.000 Einwohner 30 Discounter. Man habe also ein deutliches Überangebot in der Stadt. Da man in den nächsten Jahren weniger Einwohner habe, werde man mit weiteren Schließungen zu tun haben.

Man wisse, dass man zuviel Fläche habe (2,4 m<sup>2</sup> Verkaufsraumfläche pro Kopf der Einwohner). Diese Diskussion wurde im Zusammenhang mit dem Hortenstandort geführt, wo man gesagt habe, man müsse solche Entscheidungen ordentlich konzeptionell untersetzen. Deshalb wurde das Einzelhandelsgutachten in Auftrag gegeben, deshalb werde das Zentren- und Einzelhandelskonzept jetzt erarbeitet. Man müsse sich auch ernst nehmen und Entwicklungen, die man über die konzeptionelle Ebene eingeleitet habe, auch zu Ende führen. Er erinnere sich an viele Diskussionen zur Flächenbegrenzung, weshalb er den Geistesumschwung bei der CDU-Fraktion nicht nachvollziehen kann, dass man jetzt sagt, man könne dort einen Supermarkt gebrauchen, der im Vergleich zum Standort Schaftrift, dieser Standort ist im Einzelhandelsgutachten als zu erhaltener Einzelstandort ausgewiesen, natürlich nicht enthalten ist. Insofern sei das zu ergänzende Gutachten von GMA auch nicht verwunderlich, denn es ist stringent.

Er befürchte, dass man mit dem heutigen Beschluss einen Präzedenzfall schafft, dass man für dieses Gelände weitere Anfragen bekommt und andere Immobilieneigentümer, die jetzt neue Flächen bekommen, mit Anträgen aufwarten. Wie wolle man dann die städtische Entwicklung mit Konzepten steuern. Das sei das einzige, was dem Stadtrat bleibt, nämlich hier mit konzeptioneller Steuerung und konzeptionellen Überlegungen bestimmte Entwicklungen zu befördern. Da gehe es um die Erhaltung der Nahversorgung der Bewohner und es geht um die Zentrumsstärkung. Das sei an dem Standort, der jetzt in Rede steht, definitiv nicht gegeben. Das sei die eindeutige Aussage, die man schwarz auf weiß habe. Der Bauausschuss habe mit 5 Für-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung dem Vorschlag zugestimmt. Insofern bat er darum, dem Votum des Bauausschusses zu folgen.

**Herr BM Gröger** merkte an, zu Beginn der Debatte wurde sehr viel zum Umgang miteinander gesagt. Es wurde eingemahnt, behutsamer, auch in der Wortwahl, zueinander zu finden. Gleichzeitig werde gesagt, dieses GMA-Schreiben ist ein Gefälligkeitsschreiben, ein Gefälligkeitsgutachten. Was bedeutet, irgendeiner habe durch irgendwelche Angebote sich etwas attestieren lassen, was in Wirklichkeit falsch ist. Das sei eine Unterstellung in sich. Die Stadt habe keine schwarzen Kassen und können mit irgendwelchen Dingen blocken, oder irgendetwas machen. Das sei auch in diesem Fall nicht passiert, sondern in Rückkopplung mit breiten Teilen der Politik. Es wurde gesagt, speziell zu diesem Standort wollen wir eine Einzelbetrachtung haben, wollen wir eine Präzisierung, weil sich dieses Gutachten nicht mit den 60/70 verschiedenen Standorten in dieser Stadt so dezidiert zu jedem einzelnen auslassen könne. Um die Diskussion zu erleichtern wollte man deutlich machen, dass der Verdrängungswettbewerb schon längst stattgefunden hat und wir jetzt schon auf einer Reihe von Kaufhallen sitzen, die niemand mehr haben will, weil sie den modernen Ansprüchen des Betriebes und des Marketings sowie der Vermarktung nicht mehr entsprechen. Solche stehen in Süd, in der Schaftrift, an der Justizvollzugsanstalt und am Bauhaus. In vielen Fällen hat die Stadt mit Mitteln des Steuerzahlers dann solche Missstände bereinigen müssen. Gerade das war heute wieder eingeklagt worden im Rodebilleviertel, in Junkalor, in der Molkerei und

im Andesviertel. Man glaube, mit dem Verkauf eines Grundstücks etwas zu regeln, in einem Bereich, wo der Verdrängungswettbewerb längst stattgefunden hat und wo am Ende die Stadt wieder draufzahlt, weil ungenutzte Objekte dem Vandalismus anheim fallen und zu städtebaulichen Missständen mutieren. Am Ende sind es die Steuerzahler dieser Stadt, die für die Fehler, die in der Privatwirtschaft gemacht werden, bezahlen müssen.

An Herrn Schönemann gerichtet, legte Herr BM Gröger dar, er brauche keine großen Triumphzüge, und auch nicht mit Klang und Gloria ausscheiden. Er halte diese Rede sehr engagiert und würde nicht aus so tiefer Inbrunst sprechen, wenn er nicht wüsste, dass dieser vorgeschlagene Weg der richtige Weg für diese Stadt ist. Er brauche nur, dass er am Abend sagen kann, nach seinem Fachwissen und dem, was seine Überzeugung ist, habe er dieser Stadt gedient und deshalb habe er diese Vorlage eingebracht.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, verwies auf die zu Beginn seiner Ausführungen gestellten Fragen, die er beantwortet haben wolle.

1. Ist das GMA-Gutachten, was zu einer Richtlinie stilisiert werden sollte, auf den Weg gebracht worden, um die Köthener Straße nicht Realität werden zu lassen?
2. Ist die jetzige Veränderungssperre auf das gleiche Ziel ausgerichtet.

Beantwortend erläuterte **Herr BM Gröger**, das Gutachten als Grundlage für das Zentrenkonzept ist auf den Weg gebracht worden und war der Preis für die Zustimmung des Stadtrates für die Abwägung und damit für den Bau- und die Planungsreife des vorhabenbezogenen B-Planes Museumskreuzung. Im Stadtrat war die Forderung aufgemacht worden, wenn bei weiteren Einzelhandelsobjekten nicht ein Einzelhandelsgutachten vorliegt, das die jüngste Vergangenheit widerspiegelt, werde es keine Zustimmung mehr zu solchen Vorhaben geben. Deshalb wurde folgerichtig von seiner Seite die Zusage erteilt, man werde ein Einzelhandelsgutachten in Auftrag geben. Der 2. Punkt sei, dieses soll münden in einer nahezu förmlich festgesetzten Regelung für das Stadtgebiet, damit nur noch geordnet Einzelhandelsstandorte ausgebaut werden und zwar in den Einzugsbereichen, wo der Bedarf besteht, um die Nahversorgung aufrecht zu erhalten und die Zentren zu stärken. Deshalb heiÙe unser Leitmotiv landschaftliche Zonen, urbane Zentren, immer in die Schwerpunkte hinein Urbanität zu fördern, so habe man die Förderrichtlinien aufgebaut. Vor diesem Hintergrund sei letztlich auch das Gutachten entstanden. Zu dem Detailgutachten habe er sich schon bekannt. Dieses war abgesprochen mit maßgeblichen Leuten, dass dies einzuholen ist als Einzelstandort, Bewertung und Präzisierung für diesen Fall. Natürlich kommt als Ergebnis heraus, dass an dieser Stelle Einzelhandel nichts zu suchen hat. Aus dem Einzelhandelsgutachten war es nicht so klar, jetzt mit dem Schreiben ganz präzise. Die Verwaltung habe das schon seit 1998, 2000/2001 und 2003 erkannt, weil es ein dünn besiedeltes Gebiet ist, ein nicht integrierter Standort und bringe weitere Belastungen für die Innenstadtentwicklung. Deshalb wurde der Vorschlag so unterbreitet.

Den **Antrag auf Ende der Rednerliste**, stellte **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**. Dazu bestand keine Widerrede.

Zum **Geschäftsordnungsantrag** von **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, eine 4-minütige **Auszeit** durchzuführen, bestand kein Widerspruch.

**Herr Tschada, Leiter des Amtes 63**, erhielt das Rederecht und erklärte, wie alle wissen, vertrete er die Bauordnungsbehörde, welche diejenige ist, die über Anträge zu entscheiden hat. Man sei der Meinung, dass auch an anderer Stelle Veränderungssperren ein Instrument des BauGB ist, einschließlich auch der Zurückstellung, um die Planungshoheit zu sichern und nicht irgendetwas anderes zuzulassen. Er sage ganz klar, es werde nachher keine Möglichkeit zur Einflussnahme gesehen. Man trete eine Lawine los, die man nicht mehr beherrschen könne. Man kann dann dort nicht mehr nach § 34 einen zweiten oder dritten Markt verhindern, wenn man das an dieser Stelle nicht von Anfang an betrieben hat.

Es wurde eine Auszeit von 5 Minuten durchgeführt.

**Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, führte die Sitzung fort und erklärte, er gehe davon aus, dass die Fraktionen sich zu den angeführten Argumenten abgestimmt haben. Zunächst brachte er den von **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, gestellten **Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung** zur Entscheidung. Der Antrag wurde mehrheitlich (10:29:04) **abgelehnt**.

Die Vorlage wurde **abgelehnt**.

**Abstimmungsergebnis:** 10:28:05

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, machte in einer persönlichen Erklärung deutlich, dass er grundsätzlich gegen den Standort Köthener Straße ist. Er sei sich nicht darüber im Klaren, was im Vorfeld gelaufen ist, weshalb er sich enthalten habe, denn er wisse nicht, ob es wirklich Zusagen gegeben hat. Stutzig gemacht habe ihn die Aussage von Herrn Tschada. Herr Otto begrüße die Landesgesetzgebung, die uns die Möglichkeit gibt, mit entsprechenden Gutachten und Zentrenkonzepten auch Dinge auszubremsen. Seine Sorge ist, dass das zum Dogma wird, was einmal erarbeitet wurde und nicht mehr von Fall zu Fall unter Einbeziehung der Politik darüber diskutiert wird. Er erinnerte daran, dass sich alle Parteien vor Ort in der Kreuzbergstraße getroffen haben, neben den Markt von Maenicke. Dieses sei ein Paradebeispiel, wo ein weiterer Lebensmittelmarkt, der immer dort war, jetzt für ein paar Jahre mal ausgesetzt hat, keinen Schaden anrichten würde. Aber im Rahmen der Diskussion zum Zentrenkonzept werde eben gesagt, kommt nicht in Frage. Man habe aber diesen Standort an Herrn Dassler vor Jahren für sehr viel Geld verkauft und haben ihn jetzt mit dem Rückbau der Wohnungen eigentlich an den Rand des Ruins gebracht. Er hätte eine Überlebenschance und wir würden damit vielleicht auch auf Umlandkunden abzielen, die abends nach Hause fahren. Herr Otto sei der Meinung, ein Gutachten und ein Zentrenkonzept seien wunderbare Grundlagen, dürfen aber nicht Dogma werden, bei dem die Politik völlig ausgeklinkt wird und die Stadtverwaltung allein entscheidet. Man müsse offensiv von Anfang an mit den Dingen umgehen.

#### **8.4 Nahverkehrsplan der Stadt Dessau-Roßlau für den Zeitraum 2008 bis 2015** **Vorlage: DR/BV/100/2008/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 42:00:00

## 8.5 Neugestaltung der Schwabestraße-Seminarplatz-Bauhausstraße-Bauhausplatz - Maßnahmebeschluss - Vorlage: DR/BV/145/2008/VI-66

**Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, bezog sich auf Anlage 2 der Vorlage und stellte die Frage, ob es richtig ist, dass sich dieses Hammerende der Schwabestraße so lese, dass die Zufahrt zu den P&R-Plätzen aus der neuen Umgehungsstraße heraus über dieses Pflaster führen soll, also nicht abgeblockt wird. Das wäre für ihn schizophren. Weiterhin schneide man durch die Gestaltung der Bauhausstraße einen erheblichen Teil der dahinter liegenden Straßen Richtung Hardenbergstraße, Franz-Mehring-Straße usw. in der Gestalt ab, dass gar nicht mehr über den Seminarplatz in dieses Gebiet gefahren werden kann, was er für unglücklich halte. Er stellte die Frage, ob da nicht eine andere Lösung möglich wäre.

**Herr Pfefferkorn, Leiter Amt 66**, erhielt das Rederecht und führte aus, die Vorgaben des Wettbewerbes haben sich in der Planung des Büros mann niedergeschlagen und es ist eine fußgängerorientierte verkehrsberuhigte Situation vorgesehen. Damit werden gewisse Schwierigkeiten oder schlechtere Zugänglichkeiten dieses Viertels eintreten. Gedacht ist, aus Richtung Süden kommend, über den Kreisverkehr über die Gropiusallee hinein zu fahren. Man müsse nicht das Stück Bahnhofstraße weiterfahren und am Bahnhof abbiegen.

Bezogen auf die Fällungen und Neupflanzungen von Bäumen, zum einen auf dem Bauhausplatz, erklärte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, erschließe ihm noch nicht die Sinnhaftigkeit des Vorschlages, zumal dort hochwertige ältere Bäume stehen, die jetzt auch ihren Zweck erfüllen. Im Bauausschuss wurde besprochen, das noch einmal zu beraten, bevor man da herangehe. Ähnlich sei das am Seminarplatz. Man habe heute eine Ausreichung bekommen mit Bildern, die dort die Wendeproblematik beschreiben. Die Fällungen der vorhandenen Platanen im südlichen Bereich, abgesehen davon, dass im nördlichen Bereich auch welche vorgesehen sind, werden nur deswegen nötig, weil der Platz verkleinert werden soll, wenn er das richtig aus der nachgereichten Anlage entnehme. Die Wendesituation würde es aber nicht erforderlich machen. Es wäre nur im unteren Bereich in dieser rautenförmigen Ecke am Seminarplatz eine entsprechende Überfahrbarkeit herzustellen. Insofern wäre auch die Fällung nicht nötig. Ob das wirklich nötig ist, wäre auch dort zu prüfen, wo zum Gebäude der Arbeitsagentur hin Hochborde eingezogen werden sollen und einige Bäume im Wege stehen.

Weiterhin sollen Schlitzrinnen eingeführt werden. Gleichzeitig werde in der eigentlichen Vorlage angegeben, dass nur für deren Reinigung 7.500 € jährlich aufgewendet werden müssen. Die Anlage der gesamten Straße mittels Tiefborde bzw. ebenerdiger Gestaltung würde nur eine reine Bekehrung nötig machen, wenn man nicht diese Schlitzrinnen reinigen müsste. Da sie auf die Gestaltung des Platzes so gut wie keine Auswirkung haben, bat er um Überprüfung des Kostenaufwuchses. Dies solle dem Bauausschuss zur Beratung vorgelegt werden.

**Herr Pfefferkorn** entgegnete, die Anordnung der Schlitzrinnen resultiere ebenso aus der Festlegung und Vorgabe des Wettbewerbes, eine niveaugleiche Situation zu schaffen. Ausdrücklich sei in den Vorgaben des Wettbewerbes davon gesprochen, dass keine Bordausbildung dort stattzufinden habe. Die Alternative wären Kastenrinnen, die je-

doch nur unwesentlich preiswerter im Unterhalt sein würden. Deshalb könne und müsse man dem Vorschlag der Gestalter folgen, um einen Gesamteindruck, welcher der Gestaltung des Umfelds des Bauhauses entspricht, zu erreichen.

Als Anwohner und häufig auch als Führer für Gäste ärgere ihn die Kaufhalle, bemerkte **Herr Dr. Plettner, FDP-Fraktion**. Weiter sprach er die ehem. sowjetische Kommandantur kritisch an. Das Pflaster sei noch das beste im Umfeld vom Bauhaus, welches für 3,3 Mio. € erneuert werden soll. Des Weiteren stellte er fest, dass die Bauhausstraße nicht mehr befahren und beparkt werden soll, sich dort aber 4 Arztpraxen befinden, deren vorhandener Parkplatz aber nur für etwa  $\frac{1}{4}$  der Besucher reichen.

Zur Frage der Anwohnerparkplätze erklärte **Herr Pfefferkorn**, es werden Fahrzeuge aus dem Parkverkehr gedrängt, die direkt vor dem Haus stehen. Insgesamt sei aber die Parkplatzbilanz in dem jetzt neu zu gestaltenden Gebiet positiver als der jetzige Bestand. D. h. es werden große Entlastungen auftreten, insbesondere auch durch den P&R-Platz, der zu großen Teilen in seiner Kapazität auch für Dauerparker gedacht ist.

Auf den ersten Hinweis von Herrn Dr. Plettner eingehend, führte **Herr Bürgermeister Gröger** aus, dass das Angesprochene nicht Bestandteil des Maßnahmebeschlusses ist, liege darin begründet, dass das Angeführte keine städtische Baumaßnahme ist. Weder die ehemalige Kommandantur, noch die Umgestaltung der Bauhauskaufhalle einschließlich Café als gemeinsame Bibliothek für Bauhaus und Hochschule. Für beide Fälle könne er aber sagen, dass das Staatshochbauamt ganz intensiv an der Planung arbeitet, was die Kaufhalle mit Café betrifft. Ein Unternehmen will aus der Kommandantur ein Studentenwohnheim machen. Erklärtes Ziel ist, dass 2010 die Kaufhalle als Bibliothek umgewidmet ist. Diese Maßnahme müsse man heute zur Beschlusslage bringen, um sie in diesem Jahr noch anzufangen, sonst sei man nicht mehr in der Lage, 3,3 Mio. € von der Schwabestraße, Westausgang bis zum Bauhausplatz umzusetzen.

Erfahrungsgemäß werden die betroffenen Bürger immer erst dann wach, wenn die Baumaßnahme läuft oder sie vollendet ist, merkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, an. Tatsächlich sei es so, dass man nur noch über die 7 Säulen und über die Gropiusallee in die Franz-Mehring-Straße oder in die Hardenbergstraße hineinfahren kann. Bei den Benzinpreisen summiere sich das schon innerhalb einer Woche. Es sei nicht einmal möglich, von den 7 Säulen kommend rechts in die Franz-Mehring-Straße abzubiegen. Da zukünftig die Puschkinallee aber, wenn die Umgehungsstraße fertig ist, sicherlich nicht mehr den Verkehrsstrom hat, den sie zur Zeit tragen muss, sollte man zumindest noch einmal überprüfen, ob man den Mittelstreifen an diesen beiden Straßeneinmündungen öffnen und ein Linksabbiegen von der Stadt kommend ermöglichen kann. Er hatte immer versucht, eine Querverbindung an dem Hochschulgebäude zwischen der Kleiststraße und der Franz-Mehring-Straße zu schaffen, dort gibt es einen Fußweg, das sei aber schon zu früheren Zeiten nicht gelungen. Herr Otto mahnte an, die Verkehrsverbindungen nochmals zu überdenken. Seines Erachtens ist die Puschkinallee in beiden Fahrbahnen so breit, dass man an einem links abbiegenden Fahrzeug vorbei fahren kann, denn es klappe an den 7 Säulen auch.

Am 17. Juni 2008 ist eine Bürgereinbeziehung vor Ort geplant, informierte **Herr Bürgermeister Gröger**. Bezüglich der Anbindung der Straßen könne man nicht Verkehrsberuhigen und zugleich noch mehr Verkehr organisieren, sondern man müsse sehen, ob man mit den Straßen, die man für den Verkehr als Anliegerstraßen vorsehe, etwas



machen kann. Hier könne man den Vorschlag durchaus noch einmal überprüfen. Aber das Durchschießen durch die Bauhausstraße, wie es im Moment möglich ist, würde dem Gedanken des Wettbewerbs und der Aufgabenstellung, die seinerzeit durch die Bahn, das Arbeitsamt, die Hochschule und durch das Bauhaus und die Jury mitgetragen wurde, widersprechen.

**Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezog sich nochmals auf die von Herrn Pfefferkorn gemachten Aussagen bezüglich der Schlitzrinnen. Es wurde in den Wettbewerbsausschreibungen an verschiedenen Stellen unter baulichen Merkmalen eine gestalterische Betonung der Aufenthaltsfunktionen gefordert, mit Regelfallabgrenzung von primär den Fußgängern dienenden Korridoren gegenüber den Fahrflächen. Deutlich in Klammern: Kein Einsatz von Hochborden. Das sehe er in der Planung durchaus nicht schlecht umgesetzt. Nur für die Wasserführung habe man am Rathauscenter eine gelungene Lösung hinbekommen, ohne diese Schlitzrinnen einzuführen. Wie die Denkmalbehörde mitwirkt, das im Wettbewerb als Merkmal festzulegen, erschließe sich ihm nicht. Ihn störe vor allem der zusätzlich zu betreibende Aufwand in jedem Jahr. Das sei mit den 7.500 € nicht abgetan, denn es komme noch eine Kleinigkeit für den Bauhausbereich dazu.

**Frau Sanftenberg, Fraktion Die Linke**, stellte die Fragen

- ob der Parkplatz neben dem Bauhaus mit ausgebaut wird,
- ob man nachher noch von der Kleiststraße in die Jahnstraße fahren kann und
- ist es tatsächlich so, dass man, indem die Bauhausstraße beruhigt wird, die Hardenbergstraße abschneidet, man also nicht von einem Teil zum anderen Teil kommt oder ob man wenigstens eine Anliegerquerung vorgesehen habe.

In der Hardenbergstraße ist die Querung der Bauhausstraße gewährleistet, erwiderte **Herr Pfefferkorn**. Diese Verbindung sei nicht unterbrochen. Die Abbiegemöglichkeit von der Kleiststraße in die Jahnstraße gehe aufgrund der vorgesehenen Verkehrsberuhigung nicht mehr direkt über den Seminarplatz. Man könnte allerdings von der Kleiststraße um den Seminarplatz am Bahnhof vorbei fahren und dann in die Jahnstraße gelangen. Der Parkplatz am Bauhaus werde nicht ausgebaut.

**Frau Lohde, CDU-Fraktion**, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Diskussion. Man komme in eine Fachdiskussion hinein, die nicht deutlich genug in den einzelnen Plänen zu erkennen ist. Sie regte an, im Bauausschuss noch einmal die Straßenführung zu erläutern. Ansonsten finde sie die Anregungen und Fragen sehr gut.

**Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, stellte fest, dass es keine Widerrede auf Schluss der Rednerliste gibt. Er verwies auf die 2 noch auf der Rednerliste stehenden Personen.

**Herr Tonndorf, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**, bezog sich auf die Touristenbusse, die gern am Bauhaus parken würden. Weiterhin stellte er die Frage, ob es möglich ist, und das sollte im Bauausschuss geprüft werden, die Grünanlage zwischen den beiden Teilen der Puschkinallee zu schlitzten, damit die Leute von der Hardenbergstraße nicht erst über den Kreisel an den 7 Säulen und dann möglicherweise noch an der Kühnauer Straße, also über 2 km Umweg fahren müssen, um zu ihrem Gebäude zu kommen.

Diese Schlitzung und diese Lösung betrachte er als interessante Idee und sie werde geprüft, entgegnete **Herr Pfefferkorn**. Bezüglich des Parkplatzes für Busse müsse man beachten, dass die Gropiusallee künftig auch wesentlich weniger Verkehr führt und dort Möglichkeiten zum Parken bestehen.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, legte dar, man habe in der Fraktion noch einmal beraten, wie das energetische Konzept der Beleuchtung aussieht. Wenn man also etwas fortschrittlich Neues mache, wäre sicher etwas Innovatives möglich. Das müsse man jetzt nicht beantworten, solle aber eine Anregung sein, wenn so etwas überhaupt noch im Rahmen des stattgefundenen Wettbewerbs möglich ist.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:01:02

## 8.6 Einmalige Beihilfe für die Einschulung Vorlage: DR/BV/199/2008/Linke

**Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, erinnerte in ihrer Einführung an die Aktion am Weltkindertag vor fast einem Jahr, bei der man nicht nur Zuckertüten verteilt habe, sondern auch Schulbedarf, weil das Recht auf diese Leistungen aus dem SGB II und SGB XII gestrichen worden sind, sowohl die Aufwendungen für die Einschulung als auch für Lernmittel. Man habe schon mehrfach gehört, dass Armut ein gesellschaftliches Problem ist und konnte sich nicht nur im Armutsbericht des Bundes informieren, sondern auch des Landes. Mehr als 2,5 Mio. Kinder sind von Armut betroffen. Mit dem gestellten Antrag wolle man gleiche Chancen auf Bildung für alle Kinder erreichen, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Dazu leiste man heute einen kleinen Beitrag, zumindest für 150 bedürftige Kinder unserer Stadt könne man den Start in die Schule etwas erleichtern. Sie verwies auf den Punkt 2 der Beschlussvorlage, in dem aufgrund der genauen Zahlen der bedürftigen Kinder, die in diesem Jahr eingeschult werden, die Summe von 5.000 € geändert werden müsse auf **7.500 €**. Sie bat darum alles dafür zu tun, damit die Kinder bereits im Schuljahr 2008 in den Genuss kommen können.

**Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, bat um die Verweisung der Vorlage in den Fachausschuss mit der Auflage, dass die Verwaltung eine Richtlinie erstellt, die im Sinne des Einreichers formuliert sein sollte. Begründend wurde ausgeführt, dass die angeführten 150 Bedürftige sich ausschließlich aus dem SGB II und weniger aus dem SGB XII rekrutieren. Damit schaffe man einen Sachverhalt, der seiner Meinung nach nicht in Ordnung ist, denn die Kinder von Geringverdienenden werden hier nicht berücksichtigt. Ein zweiter wichtiger Punkt sei, dass man einen Nachweis für die Verwendung benötigt. Es müsse für den Schulbuchbedarf verwendet werden. Wenn man sich vorstelle, die Erstausstattung für ein Schulkind belaufe sich auf ca. 100 €, sei das mit 50 € nicht abgedeckt. Eine Fibel koste im Augenblick 17,95 €, das Mathematikbuch 26,00 € plus Zusatz. D. h. jedes Elternteil habe 100 € auszugeben. Wenn man hier nur eine Gruppe der Gesellschaft berücksichtigt, setze man andere zurück. Deshalb bat er um **Verweisung der Vorlage an den Fachausschuss**.

Herr Puttkammer habe einen Großteil seiner Argumente vorweggenommen, bemerkte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM**. Er wolle die Vorlage nicht verwiesen haben, stellte aber einen **Änderungsantrag** dahingehend, die **Ziffer 2 h**, die bereits die Richtlinie zum Beschlussteil macht, **soll gestrichen werden**. An der Stelle soll aufgenommen werden, dass die Verwaltung beauftragt wird, bis zum 31.07.2008 eine Richtlinie zur Ausreichung dieser Mittel zu erarbeiten. Somit müsse es nicht an den Ausschuss verwiesen werden, sondern gehe mit der Richtlinie in den Ausschuss.

An der Stelle habe er dasselbe Problem mit dem berechtigten Personenkreis. Wie er hier definiert ist, grenze man einen Großteil der Bevölkerung, die knapp oder deutlich unter dem Existenzminimum, aber geringfügig oberhalb der Richtlinien ALG II liegen, aus. Das sei ungerecht. Man müsse diese Bevölkerungsgruppen mit einschließen, weshalb er sich an dieser Stelle eine entsprechende Formulierung wünsche. Er bitte um eine klare Definition in der Richtlinie, was die Ausreichungsmodalitäten anbelange. Nicht bei Nachweis der Bedürftigkeit solle das Geld ausgereicht werden, sondern ausschließlich gegen Nachweis einer zweckentsprechenden Verwendung.

**Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender**, bat diesen Änderungsantrag dem Präsidium schriftlich zuzureichen.

Die heute eingebrachte Vorlage sollte beschlossen werden, schlug **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, vor. Man habe die Summe und das Anliegen bereits in den Haushaltsberatungen aufgenommen. Der Haushalt werde aber wahrscheinlich erst im Laufe der Schulferien genehmigt und die Verwaltung sei nicht in der Lage, vorher zu handeln. Herr Giese-Rehm wies in dem Zusammenhang auf die notwendige Information der Eltern in Vorbereitung des neuen Schuljahres hin. Deshalb bat er, den Antrag als solchen so zu beschließen und im Protokoll festzuhalten, dass der Personenkreis in der zu veröffentlichenden Richtlinie um den bedürftigen Teil der gering verdienenden Eltern erweitert wird. Entgegen den Hinweisen von Herrn Bönecke sage er, dass der reine Nachweis zur sachgemäßen Verwendung nicht ausreiche, denn er wolle kein Gießkannenprinzip. Es solle gezielt Bedürftigkeit abgebaut werden. Allen sei klar, dass mit 50 € der Bedarf bei der Einschulung absolut nicht abgedeckt ist, auch nicht für die reinen Materialien. Die Verwaltung müsse also in die Lage versetzt werden, jetzt unmittelbar tätig zu werden.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, merkte zur Problematik des Arbeitstitels Zuckertüten usw. an, das war eine Arbeitsgrundlage. Was die Richtlinie betreffe, habe man sich mit der Verwaltung bereits abgestimmt und es liege schon ein Änderungsantrag vor, der eingearbeitet wird. Insofern entspreche das auch unseren Intentionen.

**Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, brachte zum Ausdruck, den Antrag ausdrücklich zu unterstützen. Er wolle auch, dass der Antrag heute zur Abstimmung kommt, damit die Kinder wirklich dieses Jahr zur Einschulung davon profitieren können. Man habe als Fraktion lange überlegt, ob man noch aufsattelt, wisse aber, was man im Haushalt habe. Man fange erst einmal klein an, damit die Kinder noch 2008 in den Genuss kommen.

Konsens bestehe in allen Diskussionsbeiträgen, sowohl in denen, wo es um das Nachbessern geht als auch in denen, wo es um die Terminstellung geht, erklärte **Herr Wolf-**

**ram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales.** Die Zeit dränge, weil die Termin-  
kette in Vorbereitung auf das neue Schuljahr viele Menschen zum Nachdenken bringt,  
und wir uns in den Schulen bei den Eltern positionieren müssen. Deshalb sei das Ge-  
sagte vernünftig. Die Stadtverwaltung schlage folgende Formulierung unter 2. h) vor:  
„Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 10.06.2008 die Richtlinie zu modifizieren  
und dem Sozialausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.“

Herr Puttkammer und Herr Bönecke haben angesprochen, dass die Geringverdiener  
nicht berücksichtigt wurden, führte **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**, aus. Das sei  
aber eigentlich nicht der Fall, weil man insgesamt in Dessau 1.400 Aufstocker habe, die  
ergänzende ALG II erhalten. Diese würden mit in diesen Bereich fallen. Wenn es dann  
noch welche gebe, die zwei, drei oder 20 € über dem Minimum des Hilfesatzes liegen,  
könne das bei allen Problemen passieren. Aber die wirklichen Geringverdiener, wo das  
Einkommen der Eltern nicht ausreiche, sind Aufstocker im Sinne des SGB II und XII.

Vor dem Hintergrund des Antrages von Herrn Wolfram ziehe er seinen eigenen Ände-  
rungsantrag zurück, erklärte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES  
FORUM**. Er mache aber darauf aufmerksam, man könne nicht ausschließlich auf das  
SGB II und ALG II abstellen. Auch für diejenigen, die arbeiten gehen und darüber hin-  
aus verdienen und zwar bis zu der Grenze, die als Existenzminimum von der Bundes-  
regierung etwa jährlich festgelegt wird, seien 100 € verdammt viel Geld, wenn sie ihr  
Kind einschulen wollen. Deshalb bitte er darum, in der Richtlinie genau an diese Exis-  
tenzminimum-Regelung der Bundesregierung anzuknüpfen.

Da Herr Wolfram in seinen Ausführungen die Intentionen der CDU-Fraktion zu 100 %  
getroffen habe, ziehe die CDU-Fraktion den Überweisungsantrag zurück, legte **Herr  
Puttkammer** dar.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 40:00:00

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

## **11. Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde beendet.

Dessau-Roßlau, 22.07.08

---

Dr. Stefan Exner  
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer  
Schriftführerin